



ASoK

Arbeits- und SozialrechtsKartei

Andreas Gerhartl

Arbeitsrechtliche Fragen beim Desk-Sharing und Home-Office

Johannes Edthaler/Christina Traxler

Der persönliche Feiertag

Gloria Ecklmair/Sebastian Zankel

Arbeitszeitrechtliche Regelungen bei leitenden Angestellten

Karin Blasl

Beschäftigungszeit im Sinne des § 24 KBGG

Thomas Rauch

Unverzüglichkeit bei der Entlassung eines Betriebsratsmitglieds

Praxisinformationen

Neues aus der Gesetzgebung

News aus SV-, LSt- und Arbeitsrecht

Judikatur der Arbeits- und Sozialgerichte

ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dr. Roman Krammer
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51,
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at



INHALTSVERZEICHNIS

ANDREAS GERHARTL	362
Arbeitsrechtliche Fragen beim Desk-Sharing und Home-Office	
JOHANNES EDTHALER / CHRISTINA TRAXLER	369
Der persönliche Feiertag	
GLORIA ECKLMAIR / SEBASTIAN ZANKEL	375
Arbeitszeitrechtliche Regelungen bei leitenden Angestellten und sonstigen Arbeitnehmern mit maßgeblicher Entscheidungsbefugnis	
KARIN BLASL	385
Kündigungsentschädigung: Keine Beschäftigungszeit im Sinne des § 24 KBGG	
THOMAS RAUCH	388
Die Unverzüglichkeit bei der Entlassung eines Mitglieds des Betriebsrats	
GERDA ERCHER-LEDERER / JULIA DUJMOVITS	394
Neues aus der Gesetzgebung	
● Anspruch auf Pflegekarenz und Pflege- teilstzeit	● Pensionsanpassungsgesetz 2020
● Zusätzliche Mittel für Arbeitslose über 50	● Steuerreformgesetz 2020
● Organisationsreform der Finanzverwaltung	● Gewaltschutzgesetz 2019
ALFRED SHUBSHIZKY	396
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	399
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
● OGH: Kein Unfallversicherungsschutz eines Priesters beim Lesen der Messe	● OGH: Ausgleichszulage für Aufent- haltsberechtigte nach § 52 Abs 1 Z 5 lit b NAG
Impressum	387

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7 b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Talea Chorus-Neumann

Konkurrenz um die Konkurrentenklage?

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VIII

Impressum

XVIII

Aufsätze und Berichte

Jens Günther/Fabian Lenz

Social Media-Auftritt des Betriebsrats – Was geht? Was geht nicht?

1241

Rudolf Weng

Rechtsanwaltsvergütung beim Tätigwerden für Betriebsräte im arbeitsgerichtlichen Beschlussverfahren

1246

Christoph Lützen

Darf der Betriebsrat seinen Widerspruch gegen eine Kündigung dem Arbeitnehmer direkt zuleiten?

1254

Frank Bayreuther

Arbeitnehmerüberlassung auf Offshore-Windenergieanlagen in der Ausschließlichen Wirtschaftszone

1256

Kommentar

Johannes Heuschmid/Nils Kummert

Kein Unterlassungsanspruch bei unzulässiger Rechtsausübung – Eine Neuschöpfung des BAG:
Die „Mitwirkungspflichten“ des Betriebsrats

1258

Fabian Brugger

Berücksichtigung von Leiharbeitnehmern in der Unternehmensmitbestimmung – Arbeitsplatzbezogene
Auslegung

1261

Online-Aufsatz

Stefan Müller

Alkohol- und Drogenverbote im Arbeitsverhältnis und arbeitsrechtliche Konsequenzen eines Missbrauchs

1264

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Schriftformerfordernis des Überlassungsvertrages

1265

Fehlende Ermächtigungsgrundlage für Haftungsbescheid zur Begründung der persönlichen Haftung
von GbR-Gesellschaftern für Sozialversicherungsbeiträge

1266

Geltungsdauer eines eine Eingliederungsvereinbarung ersetzenden Verwaltungsakts

1266

Übungsleiterpauschale führt nicht zur Versicherungspflicht in einzelnen Zweigen der Sozialversicherung

1266

Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	08. 05. 2019 – C-494/17	Umwandlung eines befristeten in unbefristetes Arbeitsverhältnis – Zusätzlicher Schadensersatz	1267
BVerfG	23. 07. 2019 – 1 BvR 684/14	Keine Diskriminierung bei Höchstaltersgrenze von 50 Jahren für Altersversorgungsregelung	1270
BAG	17. 04. 2019 – 7 AZR 323/17	Verbot der sachgrundlosen Befristung bei Vorbeschäftigung – 15 Jahre	1271
BAG	20. 03. 2019 – 7 AZR 409/16	Verbot der sachgrundlosen Befristung bei Vorbeschäftigung – 8 Jahre und 9 Monate	1274
BAG	28. 02. 2019 – 8 AZR 201/18	Betriebsübergang – Verzicht auf und Verwirkung des Widerspruchsrechts	1279

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	12. 06. 2019 – 1 ABR 5/18	Einordnung einer arbeitgeberseitigen Maßnahme als Einstellung – Zustimmungsersetzung	1288
BAG	12. 06. 2019 – 1 ABR 39/17	Mitbestimmung der Personalvertretung Cockpit bei Einstellung – Zustimmungsersetzung	1292
BAG	07. 05. 2019 – 1 ABR 54/17	Wirksamkeit eines durch Einigungsstellenspruch beschlossenen Sozial- plans	1295

Verfahrensrecht

BAG	28. 03. 2019 – 8 AZR 366/16	Rechtswegzuständigkeit bei kartellrechtlicher Vorfrage	1301
BAG	05. 06. 2019 – 10 AZR 100/18 (F)	Umstellung des Klageantrags in der Revisionsinstanz – Beschäftigungsanspruch	1308
BAG	28. 05. 2019 – 8 AZN 268/19	Beschränkung der Revisionszulassung	1310
LAG Hessen	14. 02. 2019 – 10 Ta 350/18	Rechtsweg – Arbeitnehmereigenschaft eines Fahrers ohne eigenes Betriebsmittel (Ls.)	1312
LAG Hamm	04. 06. 2019 – 5 Ta 107/19	Änderung der Prozesskostenhilfebewilligung wegen geänderter wirtschaftlicher Verhältnisse (Ls.)	1312

19. NZA-Jahrestagung am 24./25. Oktober 2019 in Frankfurt a. M.

www.nza.de



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – ARBEITSRECHT**Bettina Sabara: Schadenersatzansprüche im Arbeitsverhältnis: Verjährung und Verfall**

3

Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit einem Arbeitsverhältnis verjähren grundsätzlich nach drei Jahren. Für bestimmte Ansprüche gibt es allerdings spezielle gesetzliche Verjährungs- bzw. Verfallsfristen, außerdem sind kollektivvertragliche Verfallsfristen zu beachten. Der Beitrag informiert über die wichtigsten Verjährungs- und Verfallsfristen, die iZm Schadenersatzansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis zu beachten sind.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Kündigung wegen Karenz – Anspruch auf ideellen Schadenersatz	7
Unangenehme Entscheidungen des Vorgesetzten – noch kein Mobbing	8
Belastendes Arbeitsklima – Austritt wegen Gesundheitsgefährdung	9
Austritt aus dem Dienstverhältnis bei verzögerter Gehaltszahlung	11

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

EuGH: Kinderbetreuungsgeld für Ehemann einer deutschen Grenzgängerin	12
Kinderbetreuungsgeld: Nachweis des gemeinsamen Hauptwohnsitzes bei Leistungsexport ins EU-Ausland	14
Kein Kinderbetreuungsgeld für drittstaatsangehörigen Ehemann einer iAEO-Angestellten	16

» STEUERRECHT

BFG: Privatfahrten mit Dienstwagen – halber Sachbezug	16
BFG: Pendlerpauschale – Ermittlung der Fahrtstrecke Wohnung/Arbeitsstätte durch Pendlerrechner	18
BFG: Abzugsfähigkeit von Wahlkampfkosten einer Politikerin	18

NEUERSCHEINUNGEN

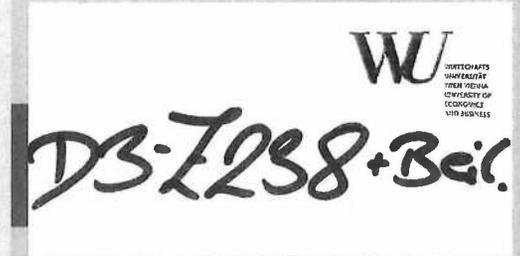
20

IMPRESSUM

19

Arbeit und

Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht



Aufsätze

Seite 398

■ Christiane Brors

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Rechte des Betriebsrats zum Schutz von Geflüchteten, die als Leiharbeiter beschäftigt werden

■ Wolfhard Kohte

Arbeitszeitschutz – ein System kontrollierter und begrenzter Flexibilität

■ Clarissa Ahmed / Jonas Volck

Die Ausübung eines Überwachungsdrucks ist eine Form des Überwachens im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG



arbeitundrecht.eu

Rechtsprechung

Seite 418

- **EuGH:** Erfassung der täglichen Arbeitszeit (*Lörcher*)
- **BAG:** Sachgrundlose Befristung - Vorbeschäftigung (*Treichel*)
- **LAG Niedersachsen:** Mitbestimmung bei der Durchführung des Arbeitsschutzes in Drittbetrieben (*Pieper*)
- **EGMR:** Befangenheit des Gerichts
- **BAG:** Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttoentgeltlisten
- **BAG:** Sachgrundlose Befristung – Vorbeschäftigung (m. Anm.)
- **BGH:** Leiharbeitnehmer sind bei den Schwellenwerten für die Bildung eines paritätischen Aufsichtsrats nach dem MitbestG zu berücksichtigen (m. Anm.)
- **BFH:** Riesterrente: Rückforderung von Altersvorsorgezulagen vom Empfänger



Aufsätze

Christiane Brors , Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Rechte des Betriebsrats zum Schutz von Geflüchteten, die als Leiharbeiter beschäftigt werden	398
Wolfhard Kohte , Arbeitszeitschutz – ein System kontrollierter und begrenzter Flexibilität	402
Clarissa Ahmed / Jonas Volck , Die Ausübung eines Überwachungsdrucks ist eine Form des Überwachens im Sinne des § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	407

Arbeit und Rechtspolitik

Bericht aus Berlin	410
--------------------	-----

Arbeit und Sozialrecht

Nakielski / Winkel, BSG: Nachgezahltes Gehalt bringt höheres Elterngeld	412
---	-----

Arbeit und Steuerrecht

Gamp, Häusliches Arbeitszimmer: (Nahezu) ausschließliche berufliche/betriebliche Nutzung unverzichtbar	413
--	-----

Personalien | Termine | Info | Gelesen

Personalien Termine Info Gelesen	414
--	-----

Rechtsprechung

Entscheidungen mit Anmerkung

EuGH	14.05.19	Erfassung der täglichen Arbeitszeit (<i>Lörcher</i>)	418
BAG	23.01.19	Sachgrundlose Befristung – Vorbeschäftigung (<i>Treichel</i>)	424
LAG Niedersachsen	11.01.17	Mitbestimmung bei der Durchführung des Arbeitsschutzes in Drittbetrieben (<i>Pieper</i>)	426

Leitsätze der Redaktion

1. Individuelles Arbeitsrecht

Befristung:

BAG	17.04.19	Auflösende Bedingung, Flugdienstuntauglichkeit	430
------------	----------	--	-----

Betriebliche Altersversorgung:

BAG	14.05.19	Anpassung, Rügepflicht	
BAG	14.05.19	Einseitiges Leistungsbestimmungsrecht, billiges Ermessen	
BAG	19.03.19	Betriebsvereinbarung, mehrfache Ablösung	
BAG	30.01.19	»Endbezugsbezogene« Ausgestaltung	

Betriebsübergang:

EuGH	13.06.19	Arbeitnehmereigenschaft, Auswahlverfahren, neues Rechtsverhältnis	
EuGH	16.05.19	Auswahlrecht des Erwerbers	
LAG Berlin-Brandenburg	02.04.19	Betriebsbedingte Kündigung, tarifl. Nachteilsausgleich	431

Bundesagentur für Arbeit:

BAG	14.03.19	Stufenzuordnung	
------------	----------	-----------------	--

Datenschutz:

EGMR	04.06.19	Bewerbung	
-------------	----------	-----------	--

Kirche:

BAG	14.03.19	Caritas, Eingruppierung	
BAG	16.05.19	Eingruppierung – Schichtleitung	

Kündigung:

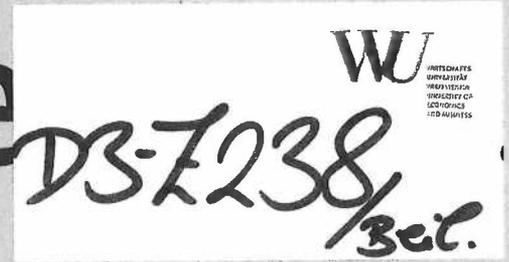
BAG	27.06.19	Außerordentliche betriebsbedingte, Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	
BAG	21.05.19	Betriebsbedingte Änderungskündigung, Klagefrist	

Öffentlicher Dienst:

BAG	14.03.19	Entgeltstruktur, Sozial- und Erziehungsdienst, Überleitungsrecht	
------------	----------	--	--

BAG	11.04.19	Schichtplanturnus bei Wechselschichtarbeit	432
BAG	11.04.19	Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch	
BAG	16.05.19	Überleitung	
BAG	13.06.19	Vergleichsentgelt nach Überleitung gemäß § 28b Abs. 1 TVÜ-VKA	
Schwerbehinderte:			
BAG	16.05.19	Beschäftigungsanspruch	
Urlaub:			
BAG	19.03.19	Elternzeit, Kürzung des Urlaubsanspruchs	
LAG Berlin-Brandenburg	16.05.19	Keine Urlaubsabgeltung bei Ruhen des Arbeitsverhältnisses aufgrund befristeter Erwerbsminderungsrente	
BAG	22.01.19	Urlaubsabgeltungsanspruch der Erben, Ausschlussfrist	433
BAG	19.02.19	Verfall, Mitwirkungsobliegenheiten des Arbeitgebers	
BAG	19.02.19	Mitwirkungsobliegenheiten des Arbeitgebers bei Kündigung	
Vergütung:			
BAG	27.03.19	Redakteure an Zeitschriften, Urhebervergütung	
BAG	11.04.19	Unterhaltsbeihilfe für Auszubildende	
BAG	27.02.19	Weihnachts- und Urlaubsgeld, Anwendungsbereich von § 315 BGB	
Vertragsrecht:			
BAG	17.04.19	Ausschlussfristenklausel, arbeitsvertragliche, Wirksamkeit	434
2. Kollektives Arbeitsrecht			
Mitbestimmung:			
BAG	20.02.19	Wahlvorstand, Bestellung durch Arbeitsgericht	
BAG	07.05.19	Anfechtung eines auf Spruch der Einigungsstelle beruhenden Sozialplans	
BAG	09.04.19	Auskunftsanspruch, Datenschutz	
BAG	12.03.19	Arbeitszeit, Unterlassungsansprüche wegen Verletzung der Mitbestimmung	435
BAG	07.05.19	Einblicksrecht des Betriebsrats in Bruttoentgeltlisten	
LAG Berlin-Brandenburg	12.07.19	Unterlassungsansprüche des Betriebsrats	
BAG	09.04.19	Versetzung, Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrats	
BAG	12.03.19	Vorlageanspruch des Betriebsrats bei Personalplanung	436
Tarifrecht:			
BAG	05.06.19	Bauwirtschaft, Urlaubs- und Lohnausgleichskasse	
BAG	08.05.19	Baugewerbe, Verfassungsmäßigkeit des SokaSiG	
BAG	27.03.19	Baugewerbliche Tätigkeiten	
BAG	27.03.19	Fliesen-, Platten- und Mosaik-Ansetz- und Verlegearbeiten	
BAG	10.04.19	Persönlicher Geltungsbereich, Stufenzuordnung VergRTV	437
BAG	18.04.19	Tarifvertrag Rettungsdienst Landkreis Oder-Spree	
BAG	27.03.19	Verdienstausgleich Belastungszulage	
3. Verfahrensrecht:			
BAG	27.03.19	Berufung, Verzugspauschale, Beschwerdewert	
BAG	07.08.19	Überwachungspflichten bei Berufungseinlegung über das beA	
BAG	09.04.19	Rechtsweg, Freiwilligendienstverhältnis	
EGMR	24.01.19	Recht auf ein faires Verfahren, Befangenheit des Gerichts	
EGMR	23.04.19	Recht auf ein faires Verfahren, Gelegenheit zur Anhörung	438
BAG	24.07.19	Revision, Allgemeine Geschäftsbedingung	
BAG	25.06.19	NZB, Absehen von einer Begründung, Anhörungsrüge	
BAG	23.07.19	Revision, Zurückweisungsbeschluss	
Kurzmitteilungen und Pressemitteilungen:			
BAG	21.08.19	Sachgrundlose Befristung – Vorbeschäftigung (<i>Veeck</i>)	438
BAG	20.08.19	Heimarbeit – Verdienstsicherung und Urlaubsabgeltung	439
BGH	25.06.19	Leiharbeitnehmer sind bei den Schwellenwerten für die Bildung eines paritätischen Aufsichtsrats nach dem MitbestG zu berücksichtigen (<i>Siebens</i>)	
BFH	29.08.19	Riesterrente: Rückforderung von Altersvorsorgezulagen vom Empfänger	440
Zusammenfassungen/Abstracts			441

Soziales Re



Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Olaf Deinert und
Prof. Dr. Rüdiger Krause,
Institut für Arbeitsrecht
der Georg-August-Universität
Göttingen



in Zusammenarbeit mit



Abhandlungen

Verarbeitung ärztlicher Befunde und Gutachten im arbeits- und sozialrechtlichen Kontext im Lichte des neuen Datenschutzrechts

Dirk Bieresborn Seite **245**

EU-Betriebsräte und transnationale Festlegung der Arbeitsbedingungen: Auf der Suche nach einem Kompromiss zwischen Tarifautonomie und Mitwirkung

Edoardo Ales Seite **258**

Rezensionsaufsätze

Simon Gerdemann, Transatlantic Whistleblowing – Rechtliche Entwicklung, Funktionsweise und Status quo des Whistleblowing in den USA und seine Bedeutung für Deutschland

Ninon Colneric Seite **267**

Hubertus Reinbach, Das gewerkschaftliche Streikmonopol – der Streik zwischen Verfassung und Völkerrecht

Bernd Waas Seite **274**

Marc Reuter, Ghettorenten – Probleme einer Konkretisierung des Begriffs »Beschäftigungs-/Arbeitsverhältnis«

Karl-Jürgen Bieback Seite **278**

www.soziales-recht.eu

Redaktion Karl-Heinz Danzl, Christian Huber,
Georg Kathrein, Gerhard Pürstl

Oktober 2019

317 – 352

Beiträge

Autoraser vor dem Strafgericht

Klaus Schwaighofer ↻ 320

E-Scooter – jetzt ist alles kompliziert Gerhard Pürstl ↻ 327

Rechtsprechung

(Keine) Verunstaltungsentschädigung wegen Unfruchtbarkeit

Christian Huber ↻ 332

Ansprüche gegen Veranstalter einer Mount-Everest-Expedition
nach Abbruch wegen Erdbeben ↻ 334

Keine Haftung bei Teilnahme an riskanten Trend- und
Funsportarten wie dem Blobbing Georg Kathrein ↻ 338

Judikaturübersicht Verwaltung

Subsidiarität der Verwaltungsübertretung, tatsächliche Einleitung
eines gerichtlichen Strafverfahrens ist nicht erforderlich ↻ 340

Radarblocker im Handschuhfach, dieser Einbau muss
Lenker auffallen ↻ 342

Kuratorium für Verkehrssicherheit

Das Berufsfeld Verkehr und Transport in der
automatisierten Mobilitätsumgebung von morgen

Philipp Blass, Susanne Kaiser, Florian Schneider und
Aggelos Soteropoulos ↻ 344

- Editorial. 317
 „Verkehrsunfall kann Mord sein!“
 Von Karl-Heinz Danzl

Beiträge

- Autoraser vor dem Strafgericht 320
Zwischen Mord und Straflosigkeit
 Autoraser, die einen tödlichen Unfall verursachen, müssen uU damit rechnen, wegen Mordes verurteilt zu werden. Es gibt mittlerweile auch in Österreich ein derartiges rechtskräftiges Urteil. Der Beitrag untersucht, ob bzw wann vertretbar angenommen werden kann, dass ein Autoraser andere vorsätzlich töten wollte.
 Von Klaus Schwaighofer
- E-Scooter – jetzt ist alles kompliziert 327
 Der Gesetzgeber ist ausgerückt, um mit der 31. StVO-Nov Klarheit hins der rechtlichen Einstufung von E-Scootern zu schaffen und klare Verhaltensregeln festzulegen. So viel vorweg: Die legistische Bewältigung dieser Aufgabe ist nicht wirklich gelungen.
 Von Gerhard Pürstl

Rechtsprechung

- (Keine) Verunstaltungsentschädigung wegen Unfruchtbarkeit 332
 174: OGH 21. 11. 2018, 1 Ob 214/18 d
 Mit Anmerkung von Christian Huber
- Ansprüche gegen Veranstalter einer Mount-Everest-Expedition nach Abbruch wegen Erdbeben. 334
 175: OGH 25. 4. 2019, 5 Ob 194/18 t
- Keine Haftung bei Teilnahme an riskanten Trend- und Funsportarten wie dem Blobbing 338
 176: OLG Innsbruck 4. 10. 2018, 1 R 88/18 b
 Mit Anmerkung von Georg Kathrein

Judikaturübersicht Verwaltung

- StVO 340
 177: VwGH 26. 4. 2019, Ra 2018/02/0344
 Subsidiarität der Verwaltungsübertretung, tatsächliche Einleitung eines gerichtlichen Strafverfahrens ist nicht erforderlich
- 178: VwGH 9. 5. 2019, Ra 2018/02/0199 342
 Ungehorsamsdelikt, mangelndes Verschulden muss Täter glaubhaft machen
- KFG 342
 179: VwGH 15. 4. 2019, Ra 2018/02/0076
 Radarblocker im Handschuhfach, dieser Einbau muss Lenker auffallen
- FSG 343
 180: VwGH 15. 5. 2019, Ra 2019/11/0032
 Bedenken gegen gesundheitliche Eignung müssen aktuell sein

Kuratorium für Verkehrssicherheit

→ Das Berufsfeld Verkehr und Transport in der automatisierten Mobilitätsumgebung von morgen 344

Wie verändern sich verkehrs(sicherheits)- und mobilitätsbezogene Berufsgruppen und Berufe durch neue Mobilitätstrends?

Neue Mobilitätstrends, allen voran die zunehmende Automatisierung, Digitalisierung und Sharing Economy, werden die Berufe der Mobilitäts- und Logistikbranche verändern. Es ist schwer zu sagen, welche Qualifikationen und Kompetenzen in einer digitalisierten Welt noch relevant sein werden, in der selbstfahrende Autos alltäglich geworden sind. Im Rahmen des Beitrags wird durch die Entwicklung verschiedener Szenarien und Berufsbildpersonas aufgezeigt, wie sich allen voran verkehrs(sicherheits)- und mobilitätsbezogene Berufsgruppen und Berufe durch die zunehmende Automatisierung von Mobilität, Digitalisierung und Sharing Economy verändern und welche neuen Berufsbilder sich ergeben könnten.

Von Philipp Blass, Susanne Kaiser, Florian Schneider und Aggelos Soteropoulos

Standards

→ Impressum 317

→ Buchbesprechung 352



Mit dem DSG idF BGBl I 2019/14 DSFA-V, DSFA-AV und DSRL-PJ

4. Auflage 2019. XX, 306 Seiten.
Br. EUR 48,-
ISBN 978-3-214-13406-8

Dieses Werk ist auch online erhältlich
manz.at/dsg

Pollirer · Weiss · Knyrim · Haidinger

DSG Datenschutzgesetz ,4. Auflage

Neben der DSGVO bilden weitere zentrale Rechtsvorschriften die Basis des in Österreich seit 25. Mai 2018 anwendbaren Datenschutzregimes. Diese handliche Ausgabe bietet

- das DSG idF BGBl I 2019/14 – es enthält notwendige Durchführungsbestimmungen und schließt durch die DSGVO offen gebliebene Lücken
- die **Verordnungen der Datenschutzbehörde** über Pflicht und Ausnahmen von einer **Datenschutz-Folgenabschätzung**, DSFA-V bzw DSFA-AV – sog „Blacklist“ und „Whitelist“
- die Datenschutz-Richtlinie für Polizei und Justiz – DSRL-PJ

Die wesentlichen parlamentarischen **Erläuterungen** und **Erwägungsgründe**, weiterführende **Anmerkungen** und wertvolle **Verweise** erleichtern den praktischen Einstieg und das tägliche Zurechtfinden in diesem Rechtsgebiet.

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1010 Wien www.manz.at

MANZ

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof	14.8.2019	IV ZR 279/17*	Zur Intransparenz der Schadensminderungsklausel des § 17 Abs. 1 c) bb) der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB 2010); zur unangemessenen Benachteiligung des Versicherungsnehmers durch die Zurechnungsklausel des § 17 Abs. 7 ARB 2010; zur Verfahrensweise, wenn der Kläger nach Anerkenntnis der beklagten Partei im Revisionsverfahren auf einer streitigen Entscheidung besteht	1802
LG Wuppertal	7.8.2019	3 O 426/18*	Rückabwicklung eines Pkw-Kaufvertrages wegen manipulierter Abgassoftware (unzulässige Abschalteneinrichtung) – hier: Porsche Cayenne	1806

RECHTSANWÄLTE WEBER

Ergebnisorientierte Konfliktlösungen

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mülbert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Axel Harms, Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Back (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Back@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 96,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,33) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2019 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV

BayVBl. 19/2019

D3-7154

Bayerische Verwaltungsblätter

Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung

Herausgeber

Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs

Dr. Markus Möstl, Professor des öffentlichen Rechts an der Universität Bayreuth

Dr. h. c. Heino Schöbel, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium der Justiz a. D. – ehemals Leiter des Landesjustizprüfungsamts

Volkhard Spilarewicz, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Redaktion

Dr. Attila Széchényi M.A., Regierungsdirektor, Regierung von Oberfranken, Bayreuth



Aus dem Inhalt

- 649 **Schenk** Wesentliche rechtliche Hürden für die Windenergienutzung, insbesondere 10-H-Regelung, Artenschutz und UVP-Recht
- 664 **EuGH** Infrastrukturabgabe; Personenkraftwagen; gleichzeitige Entlastung von der Kraftfahrzeugsteuer
- 671 **BayVerfGH** Fehlende Rechtswegerschöpfung; Rücknahme Nichtzulassungsbeschwerde
- 671 **BVerfG** Beachtung selbstgesetzter Äußerungsfristen; rechtliches Gehör
- 673 **BayVGH** Nachträgliche Anforderungen; bestandsgeschütztes Gebäude; Gefahrenforschungseingriff
- 680 **VG München** Gerichtskostenfreiheit für Jugendhilfesachen

Schriftleiter Dr. Attila Széchenyi M.A., Regierungsdirektor, Regierung von Oberfranken, Bayreuth, Rathenaustraße 37, 95444 Bayreuth, Tel. (01 75) 8 28 68 20; E-Mail: bayvbl@boorberg.de

Inhalt

Abhandlungen

Schenk, Wesentliche rechtliche Hürden für die Windenergienutzung, insbesondere 10-H-Regelung, Artenschutz und UVP-Recht — **649**

Ausbildung und Prüfung

Aufgabe 9 der Zweiten Juristischen Staatsprüfung 2015/1 — **681**

Literatur

Merschmann, Staatliche Information über lebensmittelrechtliche Beanstandungen während laufender Verfahren (Simon) — **684**

Notizen

U. a. Nachrichten, Rechtsprechung im Überblick, Veranstaltungen, Vorschau, Impressum — **II, III, IV**

Rechtsprechung

EuGH	U.v. 18.06.2019	C-591/17	Regelung eines Mitgliedstaats, die eine Infrastrukturabgabe für Personenkraftwagen vorsieht; Situation, in der den Haltern von in diesem Mitgliedstaat zugelassenen Fahrzeugen eine Steuerentlastung bei der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe dieser Abgabe gewährt wird — 664
BayVerfGH	E.v. 31.01.2019	Vf. 29-VI-18	Keine eigene Beschwerde eines GmbH-Geschäftsführers; Rücknahme Nichtzulassungsbeschwerde; Erschöpfung des Rechtswegs — 671
BVerfG	B.v. 13.08.2018	2 BvR 745/14	Anspruch auf rechtliches Gehör; Beachtung selbst gesetzter Äußerungsfristen; Berücksichtigung rechtzeitig eingehender Schriftsätze — 671
BayVGH	B.v. 25.03.2019	15 C 18.2324	Beschwerde gegen die Versagung von Prozesskostenhilfe [erfolglos]; Anordnung zur Gefahrenabwehr bei bestandsgeschützter Anlage; Anordnung, einen Standsicherheitsnachweis vorzulegen; Gefahrenverdacht — 673
	B.v. 26.07.2018	7 CS 18.588	Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation; Lehramt an Gymnasien; Fächerverbindung Deutsch/Französisch; Anpassungslehrgang; Entlassung — 676
	U.v. 17.04.2019	8 BV 18.2005	Sondernutzung; Sondernutzungsgebühr; Gebührenbefreiung; Form des Widerspruchs; Aufstellung von Baugerüst, Bauzaun und Schuttcontainern; Bau einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge; überwiegendes öffentliches Interesse [bejaht] — 677
BVerwG	U.v. 21.02.2019	4 C 9.18	Asylbegehrender; Außenbereich; Flüchtling; Flüchtlingsunterkunft; Unterbringung; Unterbringungsverantwortung; öffentlich-rechtliche Unterbringungsverantwortung — 679

Wissenswertes für den Rechtsanwalt

VG München B.v. 11.03.2019 **M 31 K 19.898** Gegenvorstellung gegen vorläufige Streitwertfestsetzung; Ablehnung wegen Unzulässigkeit und Unbegründetheit; Tatbestandsmerkmal „Jugendhilfe“; verneint für Förderung nach Maßgabe des Haushaltsrechts nach der Zuschussrichtlinie „Münchener Förderformel“ — **680**

Die Öffentliche Verwaltung

Zeitschrift für öffentliches Recht
und Verwaltungswissenschaft

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z132

DOV

72. Jahrgang Oktober 2019
Heft 19 Seiten 761–800



Jörg Berkemann, Machtlose
Verwaltungsgerichte? § 172 VwGO
als Prüfstein für das Verhältnis von
Justiz und Exekutive

Martin Beckmann, Gerichtliche
Vollprüfung und zeitgerechter
Rechtsschutz

Thomas Rottenwallner, Der finan-
zielle Ausgleich für „systemische
Härten“ durch die Erhebung von
Straßenausbaubeiträgen in Bayern

www.doev.de
Kohlhammer

19

Buchbesprechung

Rechtsprechung in Leitsätzen

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

<i>Jörg Berkemann</i> , Hamburg/Berlin, Machtlose Verwaltungsgerichte? § 172 VwGO als Prüfstein für das Verhältnis von Justiz und Exekutive	761
<i>Martin Beckmann</i> , Münster, Gerichtliche Vollprüfung und zeitgerechter Rechtsschutz – Gegenläufige Maximen des Verwaltungsprozessrechts?	773
<i>Thomas Rottenwallner</i> , Landshut, Der finanzielle Ausgleich für „systemische Härten“ durch die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Bayern	781

Buchbesprechung

<i>Martin Kment</i> (Hrsg.), Energiewirtschaftsgesetz – Kommentar; 2. Auflage (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>)	793
---	-----

Leitsätze

Gerichte der Europäischen Union

701. <i>EuGH</i> , Urteil vom 20.6.2019 – C-72/18 – Ustariz Aróstegui – Gleichbehandlung angestellter und verbeamteter Lehrer bei Besoldungsstufenzulage	794
702. <i>EuGH</i> , Urteil vom 10.7.2019 – C-410/18 – Aubriet – Studienbeihilfen für gebietsfremde Studierende	794

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Öffentliches Dienstrecht

703. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 11.4.2019 – 20 A 3550/18.PVB – Mitbestimmung bei Qualifizierungsmaßnahme	794
704. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 11.4.2019 – 20 A 1890/18.PVB – Mitbestimmung; Verweigerung der Zustimmung	795
705. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 30.4.2019 – 1 B 1675/18 – Konkurrentenstreit und „Topfwirtschaft“	795
706. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 2.5.2019 – 1 B 2040/18 – Konkurrenz von Beamten verschiedener Laufbahnen	795
707. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 3.5.2019 – 1 B 652/18 – Abbruch eines Auswahlverfahrens	795
708. <i>VGH BW</i> , Urteil vom 24.6.2019 – 4 S 1716/18 – Einstellung eines schwerbehinderten Bewerbers; gesundheitliche Eignung	795

Schul-, Hochschul- und sonstiges Kultusrecht; Prüfungsrecht

709. <i>HambOVG</i> , Beschluss vom 13.6.2019 – 3 Nc 1/19 – Vorläufige Zulassung zum Studium; Prinzip der horizontalen Substituierung	795
710. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 24.6.2019 – 2 ME 570/19 – Prüfungsrecht; Nachteilsausgleich wegen Erkrankung	795
711. <i>ThürOVG</i> , Beschluss vom 26.6.2019 – 2 EO 292/18 – Konkurrentenstreit um Professorenstelle	796
712. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 4.7.2019 – 2 LA 1667/17 – Erstellung einer Prüfungsaufgabe	796

Polizei- und Ordnungsrecht

713. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 26.6.2019 – 11 ME 193/19 – Rücknahme einer Waffenbesitzkarte wegen Unzuverlässigkeit des Waffenbesitzers	796
714. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 3.7.2019 – 12 MC 93/19 – Geschwindigkeitsüberwachung durch Abschnittskontrolle	796
715. <i>NdsOVG</i> , Beschluss vom 4.7.2019 – 11 OB 144/19 – Vereinsrechtliche Durchsuchungsanordnung	796

Wirtschafts- und Gewerberecht; Berufsrecht

716. <i>BVerwG</i> , Urteil vom 16.5.2019 – 3 C 19.17 – Widerruf der Betrauung eines Prüflingenieurs mit hoheitlichen Aufgaben bei fehlender Zuverlässigkeit	796
717. <i>HambOVG</i> , Beschluss vom 28.2.2019 – 3 Bs 257/18 – Anordnung des Ruhens der Approbation	796
718. <i>OVG NRW</i> , Beschluss vom 28.5.2019 – 4 B 672/18 – Gaststättenerlaubnis; Genehmigungsfiktion	796
719. <i>HessVGH</i> , Beschluss vom 28.5.2019 – 8 B 1087/19 – Zuweisung eines Standplatzes im Rahmen des Hessentages 2019	797

Gesundheits- und Lebensmittelrecht

720. *BVerwG*, Beschluss vom 24.5.2019 – 3 B 53/18 – Zulässigkeit gesundheitsbezogener Angaben bei der Bezeichnung eines Nahrungsergänzungsmittels 797
721. *NdsOVG*, Urteil vom 18.6.2019 – 13 LC 41/17 – Bescheidungsanspruch bei unzureichender Krankenhausplanung 797

Datenschutz-, Informations- und Medienrecht

722. *BVerwG*, Beschluss vom 11.6.2019 – 6 A 2.17 – Anforderungen an den Antrag auf Zugang zu Umweltinformationen 797
723. *HessVGH*, Beschluss vom 8.5.2019 – 8 B 961/19 – Verpflichtung einer Rundfunkanstalt zur Ausstrahlung eines Hörfunk-Wahlwerbespots der NPD 797
724. *HessVGH*, Beschluss vom 22.5.2019 – 9 A 1480/17.Z – Einsicht in Umweltinformationen einer Verfahrensakte über ein OWi-Verfahren 797
725. *NdsOVG*, Urteil vom 20.6.2019 – 11 LC 121/17 – Auskunftsanspruch des Insolvenzverwalters gegenüber dem Finanzamt bzgl. personenbezogener Daten des Insolvenzschuldners 797

Bau- und Planungsrecht

726. *BVerwG*, Urteil vom 3.4.2019 – 4 A 1.18 – Ausbau von Energieleitungen; Anordnung gegen den Willen des Vorhabenträgers 798
727. *HambOVG*, Urteil vom 12.2.2019 – 3 Bf 116/15 – Anspruch des Eigentümers eines Denkmals auf Einschreiten gegen ein Bauvorhaben auf dem Nachbargrundstück 798
728. *VGH BW*, NK-Urteil vom 22.5.2019 – 8 S 2431/17 – Pflicht zur Alternativenprüfung bei der Aufstellung eines Bebauungsplans 798

Naturschutz- und Umweltrecht

729. *NdsOVG*, Beschluss vom 28.6.2019 – 12 ME 57/19 – Immissionsrechtliche Genehmigung einer Windenergieanlage 798

Straßen-, Wege- und Verkehrsrecht

730. *BVerwG*, Urteil vom 28.2.2019 – 3 A 5.16 – Planfeststellung eines Rettungsplatzes an einem Eisenbahntunnel 799
731. *OVG NRW*, Urteil vom 13.5.2019 – 11 A 2057/17 – Sondernutzungserlaubnis für die Aufstellung von Altkleidersammelcontainern 799
732. *OVG NRW*, Urteil vom 13.5.2019 – 11 A 2627/18 – Sondernutzungserlaubnis für die Aufstellung von Altkleidersammelcontainern; Gleichbehandlungsanspruch 799
733. *OVG NRW*, Beschluss vom 6.6.2019 – 8 B 821/18 – Verkehrsverbot für Motorradfahrer 799
734. *HambOVG*, Beschluss vom 1.7.2019 – 3 Bs 113/19 – Drittanfechtung der Genehmigung zum Betrieb eines On-Demand-Ride-Sharing-Dienstes unter Einsatz von Elektrofahrzeugen 799

Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht

735. *BVerwG*, Urteil vom 25.4.2019 – 1 C 28.18 – Vorrangige Prüfung von asylrechtlichen Unzulässigkeitsgründen auch bei „Aufstockerklagen“ 799
736. *VGH BW*, Beschluss vom 17.6.2019 – 11 S 2118/18 – Ausweisung; Abrücken des Ausländers von einer Verankerung und Aktivitäten in der salafistisch-dschihadistischen Szene 800

Sozialrecht

737. *NdsOVG*, Beschluss vom 4.7.2019 – 4 PA 124/19 – Klagebefugnis des alleinerziehenden Elternteils, bei dem das Kind lebt, im Unterhaltsvorschussrecht 800

Gerichtsverfahrensrecht

738. *NdsOVG*, Beschluss vom 12.6.2019 – 13 ME 164/19 – Rechtsweg bei Ausschreibung des Rettungsdienstes 800
739. *VGH BW*, Beschluss vom 28.6.2019 – 1 S 1915/18 – Pflicht zur Vorabentscheidung über die Zulässigkeit des Rechtswegs 800
740. *NdsOVG*, Beschluss vom 2.7.2019 – 13 LA 36/19 – Zustellung in der JVA 800



Versicherungsrecht

Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht

Herausgeber und Hauptschriftleiter:

Prof. Dr. Manfred Wandt, Frankfurt/M.

Weitere Mitglieder der Schriftleitung:

Prof. Dr. Oliver Brand, LL.M., Mannheim (Kranken- und Unfallversicherung, Straßenverkehrsrecht), Dr. Jürgen Bürkle, Stuttgart (Versicherungsaufsichts- und Versicherungsunternehmensrecht), VRIOLG a.D. Lothar Jaeger, Köln (Berufshaftungs- und Amtshaftungsrecht), RA Dr. Theo Langheid, Köln (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, alle Versicherungszweige außer Haftpflicht- und Personenversicherung), Prof. Dr. Dirk Looschelders, Düsseldorf (Haftpflichtversicherung, Haftungsrecht, Sozialversicherungsrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht), Prof. Dr. Peter Reiff, Trier (Allgemeines Versicherungsvertragsrecht, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherung, Vertriebsrecht, Prozessrecht).

Herausgeberbeirat:

Prof. Dr. Walter Bayer, Jena; RA Dr. Gunne Bähr, LL.M., Köln; Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Claus-Wilhelm Canaris, München; Prof. Dr. Meinrad Dreher, LL.M., Mainz; RA Dr. Joachim Grote, Köln; VRIOLG Dr. Gregor Gundlach, Hamm; RiBGH Marion Harsdorf-Gebhardt, Karlsruhe; RA Dr. Bodo Hasse, LL.M., München; Prof. Dr. Helmut Heiss, LL.M., Zürich; VRIBGH Dr. Ulrich Herrmann, Karlsruhe; Prof. Dr. Robert Koch, LL.M., Hamburg; Prof. Dr. Egon Lorenz, Mannheim; RA Dr. Bernd Michaels, Düsseldorf; VizepräsBGH a.D. Dr. Gerda Müller, Karlsruhe; Prof. Dr. Petra Pohlmann, Münster; Prof. Dr. Roland Rixecker, Saarbrücken; Prof. Dr. Martin Schauer, Wien; Prof. Dr. Andreas Spickhoff, München; VRIBGH a.D. Wilfried Terno, Karlsruhe; RiBGH Vera von Pentz, Karlsruhe; Prof. Dr. Gerhard Wagner, LL.M., Berlin.

Inhalt

versr.de



Aufsätze

<i>Prof. Dr. Meinrad Dreher, Mainz – Versicherungsaufsicht über IT und Governance</i>	1177
<i>Dr. Martin K. Thelen, Frankfurt/M. – Metamorphosen einer Gesamtschuld</i>	1192

Rechtsprechung

Versicherungsvertragsrecht

Krankenversicherung: Heilung einer unterbliebenen Anpassungsmittelteil bei folgender Beitragsanpassung	(LG Essen, Ur. v. 30.1.2019 – 18 O 321/17)	1203
Krankenversicherung: Unwirksamkeit einer Beitragsanpassung wegen mangelhafter Mitteilung der Anpassungsgründe und Abhängigkeit des Treuhänders	(LG Potsdam, Ur. v. 20.3.2019 – 6 O 203/17)	1205
Betriebshaftpflichtversicherung: Versicherungsschutz des Inhabers einer Fleischerei bei fahrlässiger Verletzung eines Dritten im Zusammenhang mit einer Schlachtung	(OLG Jena, Ur. v. 26.7.2019 – 4 U 50/19)	1209
Kfz-Kaskoversicherung: Beweislastgrundsätze für mut- oder böswillige Beschädigungen nach vorheriger Entwendung	(LG Frankfurt/M., Ur. v. 25.4.2018 – 2-08 O 213/16)	1213

Inhalt

Kfz-Kaskoversicherung: Arglistige Verletzung der Aufklärungsobliegenheit durch Verschweigen von Vorschäden laut Kaufvertrag

(LG Wiesbaden, Urt. v. 24.1.2019 – 9 O 176/18)..... 1215

Rechtsschutzversicherung: Kostenerstattungsansprüche wegen vom Rechtsschutzversicherer gezahlter Kosten gehen mit Entstehung kraft Gesetzes auf diesen über

(OLG Düsseldorf, Beschl. v. 15.5.2019 – I-24 U 171/18)..... 1218

Hausratversicherung: Beweisgrundsätze zum äußeren Bild des Diebstahls sind auf Entwendung von Hausrat zusammen mit Fahrzeug übertragbar

(OLG Dresden, Urt. v. 30.10.2018 – 4 U 777/18) 1220

Haftungsrecht

Notarhaftung: Objektiv fehlerhafte Belehrung des Notars kann wegen Verdunklung der Rechtslage der Kenntnis für Verjährungsbeginn entgegenstehen

(BGH, Urt. v. 7.3.2019 – III ZR 117/18)..... 1221

Persönlichkeitsrecht: Rückblickende Beurteilung der Berichterstattung über ein Ermittlungsverfahren nach rechtskräftiger Verurteilung des Betroffenen

(BGH, Urt. v. 18.6.2019 – VI ZR 80/18) 1225

Schadensberechnung: Zumutbarkeit der Inanspruchnahme des Restwertmarktes im Internet bei der Verwertung des beschädigten Fahrzeugs durch ein Autohaus

(BGH, Urt. v. 25.6.2019 – VI ZR 358/18)..... 1235

Schadensberechnung: Ersatzfähigkeit des Nutzungsausfallschadens bei fiktiver Berechnung des Sachschadens

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 28.5.2019 – I-1 U 115/18)..... 1237

Ungerechtfertigte Bereicherung: Keine Kumulation von Nutzungsersatz und Prozesszinsen bei verschärfter Haftung des Bereicherungsschuldners

(BGH, Urt. v. 12.4.2019 – V ZR 341/17)..... 1239

Werkvertrag: Nachweis eines Werkmangels bei Vertrag über die Abdichtung einer Terrasse

(BGH, Urt. v. 7.2.2019 – VII ZR 274/17) 1240

Prozessrecht

Sachverständiger: Verfahrensrechtliche Folge eines im ersten Rechtszug begangenen Verstoßes gegen § 406 Abs. 4 ZPO betreffend Ablehnungsantrag

(BGH, Urt. v. 14.5.2019 – VI ZR 393/18) 1242

Steuerrecht

Einkommensteuer: Kein Einfluss des VN auf die Anlageentscheidung bei Auswahlmöglichkeit zwischen standardisierten Anlagestrategien

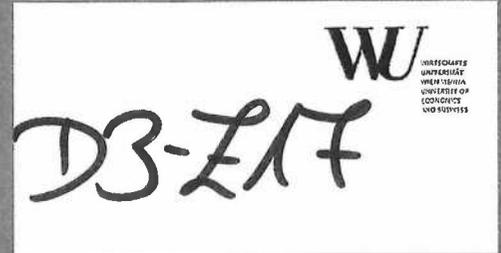
(BFH, Beschl. v. 26.3.2019 – VIII R 36/15)..... 1245

Auslandsrecht (Österreich)

Unfallversicherung: Kein Versicherungsschutz bei intracerebraler Blutung im Thalamus infolge einer Stressreaktion nach Anbohren einer Gasleitung

(OGH, Urt. v. 21.11.2018 – 7 Ob 200/18 i) 1247

05.19



ZIR

Zeitschrift Interne Revision

54. Jahrgang
Oktober 2019
Seiten 197-244

www.ZIRdigital.de

Herausgeber:

DIIR

Deutsches Institut für
Interne Revision e.V.

Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis

Standards · Regeln · Berufsstand

Das Unternehmensstrafrecht kommt... 200

*Marc Defland · Rebecca Schönheit
Joscha Matthias Deckena · Tim Hochmuth*

Revision 4.0 205

Dr. Dominique Hoffmann

Management · Best Practice · Arbeitshilfen

Prüfleitfaden Zollabfertigung 211

DIIR-Arbeitskreis „Revision der Logistik“

Verstehen Sie HANA? 220

Roger Odenthal

Die Regulierung der Transparenz und Integrität
auf Energiegroßhandelsmärkten (REMIT) 228

*Peter Stuhlweißenburg · Stephan Wilbert
Dr. Andrea Wölfel*

ZIR – Zeitschrift Interne Revision
Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis,
Organ des DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Frankfurt am Main

Jahrgang: 54 (2019)
Erscheinungsweise: Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich
www.ZIRdigital.de

Herausgeber:
DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.,
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Diplom-Kaufmann Bernd Schartmann, Köln

Schriftleitung:
Diplom-Wirtschaftsmathematiker Michael Bünis
DIIR – Deutsches Institut für Interne Revision e.V.
Theodor-Heuss-Allee 108, 60486 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 71 37 69-0, Telefax (0 69) 71 37 69-69
E-Mail: info@diir.de, Internet: www.diir.de

Verlag:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-0, Telefax (0 30) 25 00 85-305
E-Mail: ESV@ESVmedien.de, Internet: www.ESV.info

Vertrieb:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Postfach 30 42 40, 10724 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-228, Telefax (0 30) 25 00 85-275
E-Mail: Abo-Vertrieb@ESVmedien.de

Konto:
Deutsche Bank AG,
IBAN: DE31 1007 0848 0512 2031 01, BIC(SWIFT): DEUTDE3310

Bezugsbedingungen:
Jahresabonnement Print: € (D) 78,-
Kombi-Jahresabonnement Print und eJournal: € (D) 93,72
Jahresabonnement Journal: € (D) 78,60
Sonderpreise für Mitglieder des DIIR und ISACA Germany Chapter:
Jahresabonnement Print: € (D) 52,20

Kombi-Jahresabonnement Print und eJournal: € (D) 62,88
Jahresabonnement eJournal: € (D) 52,80
Weitere Angaben und Preise unter ESV.info/ZIR-Preise
Alle Preise jeweils einschließlich Umsatzsteuer (Print 7%, eJournal 19%)
Printausgabe zzgl. Versandkosten.
Die Bezugsgebühr wird jährlich im Voraus erhoben. Abbestellungen sind mit einer Frist von 2 Monaten zum 1.1. eines jeden Jahres möglich.

Anzeigen:
Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 25 00 85-626, Fax (0 30) 25 00 85-630
E-Mail: Anzeigen@ESVmedien.de

Anzeigenleitung: Farsad Chireugin
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2019, die unter
<http://mediadaten.ZIRdigital.de> bereitsteht oder auf Wunsch zugesandt wird.

Manuskripte:
Hinweise für die Abfassung von Beiträgen stehen Ihnen auch als PDF zur Verfügung unter: www.ESV.info/zeitschriften.html. Das Manuskript erbitten wir per E-Mail bevorzugt in Word, sonst zusätzlich im RTF-Format. Zur Veröffentlichung angebotene Beiträge müssen frei sein von Rechten Dritter. Sollten sie auch an anderer Stelle zur Veröffentlichung oder gewerblichen Nutzung angeboten worden sein, muss dies angegeben werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht und das Recht zur Herstellung von Sonderdrucken für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Verlagsrecht umfasst auch die Rechte, den Beitrag in fremde Sprachen zu übersetzen, Übersetzungen zu vervielfältigen und zu verbreiten sowie die Befugnis, den Beitrag bzw. Übersetzungen davon in Datenbanken einzuspeichern und auf elektronischem Wege zu verbreiten (online und/oder offline), das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines fotomechanischen oder eines anderen Verfahrens sowie das Recht zur Lizenzvergabe. Dem Autor verbleibt das Recht, nach Ablauf eines Jahres eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen; sich ggf. hieraus ergebende Honorare stehen dem Autor zu. Bei Leserbriefen sowie bei angeforderten oder auch bei unaufgefordert eingereichten Manuskripten behält sich die Redaktion das Recht der Kürzung und Modifikation der Manuskripte ohne Rücksprache mit dem Autor vor.

Rechtliche Hinweise:
Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. – Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift geben ausschließlich die Meinung der Verfasser, Referenten, Rezensenten usw. wieder. – Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Markenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Bildnachweise Inhaltsverzeichnis:
links: FotoEdhar/stock.adobe.com; Mitte: DIIR; rechts: DIIR

Nutzung von Rezensionstexten:
Es gelten die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen. <http://agb.ESV.info/>

Zitierweise: ZIR, Jahrgang, Heft, Seite

ISSN: 0044-3816

Satz: tinahoffmann.eu, Berlin

Druck: H. HEENEMANN, Berlin



Standards · Regeln · Berufsstand

Das Unternehmensstrafrecht kommt... 200

Marc Defland · Rebecca Schönheit
Joscha Matthias Deckena · Tim Hochmuth

Revision 4.0 205

Dr. Dominique Hoffmann

Management · Best Practice · Arbeitshilfen

Prüfleitfaden Zollabfertigung 211

DIIR-Arbeitskreis „Revision der Logistik“

Verstehen Sie HANA? 220

Roger Odenthal

Die Regulierung der Transparenz
und Integrität auf Energiegroßhandels-
märkten (REMIT) 228

Peter Stuhlweißenburg · Stephan Wilbert
Dr. Andrea Wölfel

Inhalt

05.19



DIIRintern

Aus der Arbeit des DIIR 235

- + DIIR-Kongress
- + Mitgliederversammlung und Förderpreis
- + Lernprogramm zum IIA-Ethikkodex
- + IIA-Positionspapiere
- + Fraud und Interne Revision – Prüfungssicherheit hinsichtlich erfolgskritischer Fraudkontrollen
- + Vertrauensbeziehungen – Aufbau guter Beziehungen zwischen Audit Committee und Interner Revision
- + Junior Auditors Day
- + Erster Erfahrungsaustauschtag für kleine Interne Revisionen
- + Risk in Focus 2020
- + Informationen zu den IIA-Zertifizierungen

Literatur

Buchbesprechungen 237

Sven Wolff

Literatur zur Internen Revision 238

Zusammengestellt von Prof. Dr. Marc Eulerich und Benjamin Fligge

DIIR – Seminare und Veranstaltungen

DIIR – Seminare und Veranstaltungen
vom 1. 10. 2019 bis 31. 12. 2019 241

Zusammengestellt von der ZIR-Redaktion



ÖJZ aktuell 845

Beiträge

→ Richterliche Unabhängigkeit: Grenzen der Dienstaufsicht 849

Richterliche Unabhängigkeit einerseits und Dienstaufsicht zur Überwachung der pflichtgemäßen Ausführung der richterlichen Amtsgeschäfte andererseits sind nicht Gegensätze, sondern unabdingbare Voraussetzungen für eine qualitäts- und vertrauensvolle Rechtsprechung zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats. Die Zulässigkeit von dienstaufsichtsrechtlichen Maßnahmen ist an der individuellen richterlichen Unabhängigkeit zu messen. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Abgrenzung von zulässigen Aufsichtsmaßnahmen und unzulässiger Einflussnahme. Dazu wird die „Drei-Kreise-Theorie“ entwickelt.

Von Christoph Brenn

→ Strafverfolgung von Verbänden bei In- und bei Auslandstaten 859

Fragen der inländischen Gerichtsbarkeit für Verbände fristen im wissenschaftlichen Diskurs bisher eher ein Schattendasein. Das ist insofern erstaunlich, als gerade das Konzept des VbVG – Verantwortlichkeit durch Zurechnung einer Straftat – dem Strafanwendungsrecht fremd und die Sonderregelung des § 12 Abs 2 VbVG nicht auf alle fraglichen Konstellationen anwendbar ist. Der Beitrag untersucht die Thematik daher von Grund auf.

Von Martin Stricker

Evidenzblatt

→ Arbeitsrecht 866

OGH 27. 2. 2019, 9 ObA 11/19m

124: Karfreitag: Feiertagsentgelt für alle

Mit Anmerkung von Marta Glowacka

→ Exekutionsrecht 869

OGH 26. 4. 2019, 3 Ob 60/19y

125: Streitanhängigkeit bei nachfolgenden Oppositionsklagen gegen Strafbeschlüsse nach § 354 EO

Mit Anmerkung von Oliver Peschel

→ Schadenersatzrecht 871

OGH 27. 2. 2019, 9 Ob 58/18x

126: Glassplitter in der Ferse: Beweislast

OGH 3. 4. 2019, 1 Ob 117/18i 873

127: Anlegerentschädigung für Börsengeschäfte

→ Zivilverfahren 876

OGH 20. 3. 2019, 7 Ob 102/18b

128: Klagelegitimation bei gepfändeten und überwiesenen Forderungen

Mit Anmerkung von Rahim Rastegar

→ Strafprozessrecht 879

OGH 2. 4. 2019, 11 Os 9/19m

129: Verbotene Verwendung getilgter Vorstrafen

OGH 10. 7. 2019, 15 Os 52/19i 880

130: Weisung zu verfehlter Subsumtionseinheit

EvBl-Leitsätze

- Europäisches Zivilverfahren 882
 OGH 28. 5. 2019, 4 Ob 69/19 d
 140: Eine (Zweig-)Niederlassung erfordert eine Infrastruktur mit Vertretungsbefugnis
- Lauterkeitsrecht 882
 OGH 28. 5. 2019, 4 Ob 40/19 i
 141: Urteilsveröffentlichung hat in Normallettern zu erfolgen
- Sachenrecht 883
 OGH 13. 6. 2019, 4 Ob 100/19 p
 142: Leitungen zur Versorgung eines bestimmten Gst gehören dem GstEigentümer
 OGH 29. 4. 2019, 2 Ob 200/18 b 884
 143: Zustandekommen des Kaufvertrags trotz offener Nebenpunkte
- Schuldrecht 884
 OGH 25. 4. 2019, 6 Ob 38/19 k
 144: Maklerprovision: Verjährungshemmung bei Streit um vermitteltes Geschäft
- Versicherungsvertragsrecht 885
 OGH 24. 4. 2019, 7 Ob 137/18 z
 145: Versicherungsprämien-Rückforderung – dreijährige Verjährung
- Strafprozessrecht 885
 OGH 2. 4. 2019, 11 Os 69/18 h
 146: Datenschutz im Strafverfahren ist Sache von Einspruch wegen Rechtsverletzung, B und Beschwerde dagegen
- Strafrecht 887
 OGH 11. 4. 2019, 12 Os 27/19 s
 147: Bekanntgabe einer Neigung zu jungen Sexualpartnern und eines tendenziösen Interesses an sodomitischen Praktiken kann gesellschaftliche Stellung vernichten

EuGH-Entscheidungen 887

Standards

- Impressum U2
- Buchbesprechungen 892

Die Buchhandlung MANZ

Wo sonst wird man so kompetent beraten?

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Kohlmarkt 16, 1010 Wien
 Montag bis Freitag von 9.30 bis 18.30 Uhr, Samstag 9.30 bis 17 Uhr
 Tel.: +43 1 531 61-100, bestellen@manz.at

MANZ 

Inhalt 10_2019

- 593 Editorial
 595 Wichtige Informationen
 597 Werbung & PR
 598 Recht kurz & bündig
 602 Europa aktuell
 606 Portrait des Monats
 654 Inserate
 656 Indexzahlen

AUTOREN DIESER AUSGABE:

RA Dr. Manfred Ainedter, Wien
 Mag. Silvana Asen, ÖRAK
 RA Mag. Gerold Beneder, Wien
 em. RA Dr. Gerhard Benn-Ibler, Wien
 RA Dr. Michael Buresch, Wien
 RA Mag. Franz Galla, Wien
 RA Mag. Harald Hajek, Baden
 Dr. Katharina Köberl, Wien
 Mag. Ursula Koch, ÖRAK
 RA Britta Kynast, ÖRAK Büro Brüssel
 Mag. Susanne Laggner-Primosch, Klagenfurt
 RAA Dr. Florian Leitinger, Graz
 RAA MMag. Theresia Leitinger, M.A.I.S., Graz
 Cornelia Mayrbäurl, Europäisches Forum
 Alpbach
 Mag. Christian Moser, ÖRAK
 RA Dr. Ullrich Saurer, Graz
 Ass.-Prof. Mag. Dr. Nina Marlene Schallmoser,
 Salzburg
 RA Dr. Wolf-Georg Schärf, Wien
 RA Hon.-Prof. Dr. Elisabeth Scheuba, Wien
 Mag. Elisabeth Schusterbauer, RAK Wien
 RA Dr. Thomas Schweiger, LL.M., Linz
 RAA Mag. Marek Sitner, Wien
 Mag. Fabian Stegmayer, Bibliothek RAK Wien
 ao. Univ.-Prof. Dr. Einhard Steininger, Linz
 Univ.-Lektor Mag. Dr. Franz Philipp Sutter, Wien
 RA MMag. Dr. Christian Wirthensohn, Dornbirn
 RA Dr. Alexander Wittwer, LL.M., Dornbirn
 RA Dr. Rupert Wolff, Salzburg

ABHANDLUNGEN

- 608 Die Sozialversicherungsnummer als
 personenbezogenes Datum iSd DSGVO und DSG
 in der anwaltlichen Praxis
Thomas Schweiger
 612 Zwischen Erweiterung und Zurückdrängung
Nina Marlene Schallmoser
 619 Der untergetauchte Zeuge und seine Beweiskraft
 im Strafverfahren
Katharina Köberl und Marek Sitner

SERVICE

- 624 Im Gespräch



Mag. Johann Fuchs, LL.M. – Das Strafverfahren aus staatsanwaltschaftlicher Perspektive. Foto: ÖRAK

- 626 Termine
 627 Chronik
 631 Aus- und Fortbildung
 637 Rezensionen
 645 Zeitschriftenübersicht

RECHTSPRECHUNG

- 650 Drohung mit Strafanzeige
 651 Inngemeinschaftlicher Erwerb
 von gebrauchtem Pkw durch
 Unternehmer als „Privatperson“

MÜDE, ERSCHÖPFT UND AUSGELAUGT?



ÖSTERREICHISCHES

Anwalts

blatt

WU

WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z/21+Beil.

607 ABHANDLUNGEN

Die Sozialversicherungsnummer als personenbezogenes Datum iSd DSGVO und DSG in der anwaltlichen Praxis

Zwischen Erweiterung und Zurückdrängung

Der untergetauchte Zeuge und seine Beweiskraft in Strafverfahren

624 IM GESPRÄCH

Mag. Johann Fuchs, LL.M. – Das Strafverfahren aus staatsanwaltschaftlicher Perspektive

**606** PORTRAIT DES MONATS

Dr. Alexander Pirker, MBA – Rasanter Aufstieg

INHALT

03 VORWORT

05 DIE ÖSTERREICHISCHEN RECHTSANWÄLTINNEN UND RECHTSANWÄLTE – STRUKTUREN, DATEN, FAKTEN

07 ANWALTSCHAFT UND RECHTSSTAAT

- 08 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – tragende Säule des Rechtsstaates
- 08 Verbesserungsvorschläge der Rechtsanwaltschaft – Regierungsprogramm
- 14 Gesetzgebung Österreich
- 34 Europäische Entwicklungen
- 40 Veranstaltungen
- 47 Serviceeinrichtungen und Sozialbilanz
- 52 Wahrnehmungsbericht 2017/18 und Fieberkurve des Rechtsstaates 2018

53 ANWALTSCHAFT UND STANDESVERTRETUNG

- 54 ÖRAK – Bindeglied und Sprachrohr der Rechtsanwaltschaft
- 54 Arbeitskreise und Arbeitsgruppen
- 63 Kommunikation
- 67 Service für Mitglieder
- 72 Mitgliedschaften und Beteiligungen
- 75 Anwaltsakademie 2019: auf zu neuen Ufern
- 77 Statistik
- 81 Geschäftsverteilung ÖRAK-Präsidium
- 82 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖRAK-Generalsekretariats

83 KONTAKT

- 83 Impressum

Betriebs Berater

BB

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-ZM

41 | 2019

EU-Restrukturierungs-RL ... BREXIT/Zoll ... Eigenverwaltung/Steuer ... bAV ... Recht ... 7.10.2019 | 74. Jg. Seiten 2369–2432

DIE ERSTE SEITE

Dipl.-Betriebsw. **Prof. Dr. jur. Hans Haarmeyer**

Die Praxis der Veröffentlichung von Vergütungsfestsetzungen –
ein rechtsstaatliches Desaster



WIRTSCHAFTSRECHT

Prof. Dr. Markus Gehrlein, RiBGH

BB-Rechtsprechungsreport zur Unternehmensinsolvenz 2018/2019 – Teil II | 2370

Frank Frind, RiAG

EU-Restrukturierungsrichtlinie: Der insolvenzrechtliche Überschuldungstatbestand
als notwendiges „Frühwarnsystem“ bei der nationalen Umsetzung | 2381

STEUERRECHT

Dr. Georg Bernsau, RA/FAStR/FAInsR

Steuerrechtliche Fragen in der vorläufigen Eigenverwaltung | 2393

Dipl.-Finw. (FH) **Benedikt Wemmer**

Zollrechtliche Auswirkungen eines harten BREXIT | 2401

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Prof. Dr. habil. Heinrich Weber-Grellet, Vors. RiBFH a. D.

Adolf Moxter, das Bilanzsteuerrecht und der Bundesfinanzhof | 2411

ARBEITSRECHT

Dr. Jacek Kielkowski, LL.M., RA, und **Gerhard Schmalz**, RA

Die Escapeklausel ist tot. Es lebe die Escapeklausel!

Zur Wirksamkeit des § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG | 2420

Schwerpunktheft
Insolvenzrecht

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Das Setzen von Cookies erfordert die aktive Einwilligung des Internetnutzers (1.10.2019 – C-673/17)

BGH: Zur Inkongruenz von Drittzahlungen bei jahrelang praktiziertem Cash-Pool im Konzern – Baumarkt (12.9.2019 – IX ZR 16/18)

OLG Düsseldorf: Verschmelzung – einheitliche Kapitalerhöhung zur €-Umstellung und Glättung der Beträge des Stammkapitals (10.5.2019 – I-3 Wx 219/18)

OLG Düsseldorf: Bemessung der Vergütung eines Nachtragsliquidators (17.5.2019 – I-3 Wx 233/17)

Aufsätze

Prof. Dr. Markus Gehrlein, RiBGH

BB-Rechtsprechungsreport zur Unternehmensinsolvenz 2018/2019 – Teil II

Auch im Berichtsjahr 2018/2019 hat der BGH die höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht fortgeschrieben, wie dieser und frühere in dieser Zeitschrift erschienene Rechtsprechungsberichte verdeutlichen. Die Insolvenzanfechtung, der weiterhin eine ungebrochen hohe Bedeutung zukommt, ist Gegenstand dieses zweiten Teils des BB-Rechtsprechungsreports. In Teil I, der in Heft 40 erschienen ist, hat Gehrlein Fragestellungen rund um das Eröffnungsverfahren und das eröffnete Verfahren behandelt.

EU-Restrukturierungs-RL

Frank Frind, RIAG

EU-Restrukturierungsrichtlinie: Der insolvenzrechtliche Überschuldungstatbestand als notwendiges „Frühwarnsystem“ bei der nationalen Umsetzung

Die Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz ist am 26.6.2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden und überwiegend bis zum 17.7.2021 in nationales Recht umzusetzen. Die ersten Konsultationsrunden auf Einladung des BMJV mit den insolvenzrechtlichen Verbänden haben bereits stattgefunden; es gilt, über 70 national nutzbare Optionen zu entscheiden. Als eine der Kernfragen hat sich bereits herauskristallisiert, ob der für juristische Personen und Personengesellschaften geltende Insolvenzgrund der „Überschuldung“ (§ 19 InsO) im Zuge der nationalen Umsetzung abgeschafft werden soll oder gar muss. Die Richtlinie erfordert die Implementierung nationaler Frühwarnsysteme für Unternehmen in der Krise. Der Verfasser beleuchtet aus praktischer Sicht die Nutzung des Überschuldungstatbestandes bei der Implementierung solcher Frühwarnsysteme, sowie mögliche Folgen für ein sanierungsorientiertes deutsches Restrukturierungsverfahren.

Entscheidungen

BGH: Klage auf Ersatz verbotener Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife – Gerichtsstandsbestimmung (6.8.2019 – X ARZ 317/19 – dazu BB-Kommentar von **Arndt Kaubisch**, LL.M., RA)

BGH: Haftung bei Kapitalanlagen – Anwendungsbereich des KapMuG (30.4.2019 – XI ZB 13/18 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Michael Zoller**, RA/FASTR)

2369

2370

2381

2388

2390

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

FG München: Verlängerung der Festsetzungsfrist auf zehn Jahre wegen Steuerhinterziehung nach § 169 Abs. 2 Satz 2 AO nur für den anteiligen Steuerbetrag (29.7.2019 – 7 K 2779/16)

Verwaltung

FinMin Bayern: Fristverlängerung bei der Umstellung von Registrierkassen bis 30.9.2020

Gesetzgebung

BT: Maßnahmen gegen „Share Deals“

BT: Bessere Förderung von E-Dienstwagen

FinMin Rheinland-Pfalz: Verbesserungen im Gemeinnützigkeitsrecht stärken ehrenamtliches gemeinnütziges Engagement

Aufsätze

Eigenverwaltung/Steuer

Dr. Georg Bernsau, RA/FAStR/FAInsR

Steuerrechtliche Fragen in der vorläufigen Eigenverwaltung

Der Beitrag befasst sich mit dem aktuellen Stand der Rechtsprechung zur Behandlung steuerrechtlicher Fragen im vorläufigen Eigenverwaltungsverfahren (§§ 270 ff. InsO). Der Verfasser stellt die aktuelle Rechtsprechung vor, zeigt, wie sie sich auf verschiedene Konstellationen auswirkt, und stellt die Möglichkeiten dar, wie ein Haftungsrisiko der Handelnden verringert werden kann.

BREXIT/Zoll

Dipl.-Finw. (FH) **Benedikt Wemmer**

Zollrechtliche Auswirkungen eines harten BREXIT

Große Herausforderungen für Unternehmen mit Handelsbeziehungen nach Großbritannien

Am 23.6.2016 entschieden die Bürger des Vereinigten Königreichs, dass sie aus der Europäischen Union austreten wollen. Nach umfangreichen Verhandlungen sowie einer Verlängerung der Austrittsfrist verbleibt das Vereinigte Königreich nun bis zum 31.10.2019 in der EU. Sofern vorher keine Einigung über ein Austrittsabkommen erzielt wird, ist es am 1.11.2019 nicht nur kein Mitgliedstaat der EU mehr, sondern darüber hinaus im Verhältnis zur EU ein „normales“ Drittland. Dies hätte im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt und die EU-Zollunion gravierende negative Auswirkungen. Im Fall des sog. harten BREXIT, also eines Verlassens der EU ohne weitere Übergangsregelungen, Freihandelsabkommen oder einen möglichen Sonderstatus, sind Waren aus UK aus zollrechtlicher Sicht nicht anders zu behandeln als z. B. Waren aus China, Brasilien oder den USA. Ab diesem Zeitpunkt entfallen sämtliche Handelserleichterungen, die sich die EU-Mitgliedstaaten untereinander gewähren. Im Warenverkehr mit UK würden ferner Drittlandszölle erhoben. Dieser Beitrag soll vor allem Verantwortlichen in Unternehmen, die bisher keine Berührungspunkte mit zollrechtlichen Themen hatten, einen Überblick verschaffen, an welchen Stellen aus zollrechtlicher Sicht bereits jetzt Handlungsbedarf besteht, um auch nach dem 31.10.2019 mit britischen Unternehmen Geschäfte machen zu können.

Entscheidungen

BFH: Anforderungen an einen lohnsteuerpflichtigen Sachbezug in Form eines Frühstücks (3.7.2019 – VI R 36/17)

BMF: Lohn-/einkommensteuerliche Behandlung sowie Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen; Organe von Körperschaften (8.8.2019 – IV C 5 – S 2332/07/0004:004 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Lukas Hilbert**)

2391

2393

2401

2406

2408

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

2409

Entscheidung

BFH: Konkretisierung des steuerlichen Abzugsverbots für (Kartell-) Geldbußen (22.5.2019 – XIR 40/17)

Rechnungslegung

CRD: Veröffentlichung des Berichts „Driving Alignment in Climate-related Reporting“

IASB: Änderungen an den IFRS-Standards durch Abschluss der ersten Phase der IBOR-Reform

DRSC: Stellungnahme zum ED/2019/3

DRSC: Ergebnisse der 77. Sitzung des IFRS-FA und der 44. Sitzung des HGB-FA

DRSC: 45. Sitzung HGB-FA – Tagesordnung

EY: Vom Financial Reporting zum Corporate Reporting – Neue Anforderungen an Prüfungsausschüsse in Europa

Wirtschaftsprüfung

IDW: ISA und die Prüfung wenig komplexer Unternehmen

IDW: Aktualisierung des Fragenkatalogs zur EU-Datenschutz-Grundverordnung

WPK: Stellungnahme zum BMJV/BMF-Eckpunktepapier zur Übertragung der Aufsicht über Finanzanlagenvermittler auf die BaFin

Aufsatz

Prof. Dr. habil. Heinrich Weber-Grellet, Vors. RiBFH a.D.

2411

Adolf Moxter, das Bilanzsteuerrecht und der Bundesfinanzhof

Würdigung anlässlich des 90. Geburtstags von

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Adolf Moxter

Adolf Moxter (3.10.1929–7.4.2018) wäre am 3.10.2019 90 Jahre alt geworden. Wie kein Zweiter hat er das Bilanzsteuerrecht im Dialog mit den BFH-Richtern *Georg Döllner* (1921–1993, RiBFH: 1965–1988), *Heinrich Beisse* (1927–2012, RiBFH: 1970–1992) und *Lothar Woerner* (1930–2000, RiBFH: 1971–1995) beeinflusst. Entscheidende Teile dieser Diskussionen fanden auch im Betriebs-Berater statt. Der Beitrag stellt Moxters bilanzsteuerrechtliche Grundposition dar, zeigt die Entwicklungslinien des Bilanzsteuerrechts auf, die von Moxters Arbeiten und den von ihm herausgearbeiteten Prinzipien stark geprägt sind, und untersucht, inwieweit diese Überlegungen Eingang in die Rechtsprechung des BFH gefunden haben.

Entscheidung

BFH: Einlagenrückgewähr durch eine Drittstaatengesellschaft

2415

(10.4.2019 – IR 15/16 – dazu BB-Kommentar von

Gero von Glasenapp, RA/StB)

Wussten Sie schon, dass Sie als RUW-Abonnent auch die RUW-Datenbank nutzen können?

Weitere Informationen unter:
<https://online.ruw.de>

R&W-Online
DATENBANK

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

2419

Entscheidungen

EuGH: Anspruch auf Sozialleistungen von Wanderarbeitnehmern (19.9.2019 – 5 AZR 452/18)

BAG: Zugang der Kündigung einer Massenentlassungsanzeige (13.6.2019 – 6 AZR 459/18)

BAG: Verzugszinsen des Arbeitgebers auf Sozialkassenbeiträge (3.7.2019 – 10 AZR 499/17)

BAG: Gericht verletzt Anspruch auf rechtliches Gehör (28.8.2019 – 5 AZN 381/19)

LAG NRW: Gegenstandswert bei Versetzung in die Nichtbeschäftigung (1.8.2019 – 2 Ta 131/19)

Aufsatz

Dr. Jacek Kielkowski, LL.M., RA, und **Gerhard Schmalz**, RA

bAV

2420

Die Escapeklausel ist tot. Es lebe die Escapeklausel!

Zur Wirksamkeit des § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG

Nach § 16 Abs. 1 BetrAVG ist der Arbeitgeber alle drei Jahre verpflichtet, eine Anpassung der laufenden Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu prüfen und hierüber nach billigem Ermessen zu entscheiden. Diese Anpassungspflicht entfällt gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG, wenn der Arbeitgeber bei Durchführung der betrieblichen Altersversorgung über eine Direktversicherung oder eine Pensionskasse ab Rentenbeginn sämtliche auf den Rentenbestand entfallene Überschussanteile zur Erhöhung der laufenden Leistung verwendet. Nachdem das Bundesarbeitsgericht in der Vergangenheit diese „Escapeklausel“ mehrfach „kassierte“, hat der Gesetzgeber zwischenzeitlich mit Einführung des § 30c Abs. 1a) BetrAVG den Anwendungsbereich des § 16 Abs. 3 Nr. 2 BetrAVG abermals nachjustiert. Ob hierdurch die erhoffte Rechtssicherheit für die Praxis geschaffen wurde, ist derzeit noch unklar und soll Gegenstand des Beitrages sein.

Entscheidungen

Sächsisches LAG: Amt des Datenschutzbeauftragten neben

2424

dem Amt als Vorsitzenden des Betriebsrats möglich

(19.8.2019 – 9 Sa 268/18)

BAG: Umfang des Vorlageanspruchs des Betriebsrats bei Personal-

2427

planung

(12.3.2019 – 1 ABR 43/17 – dazu BB-Kommentar von

Thomas Niklas, RA/FAArBR)

Neuerscheinung Buch

Maschmann, Total Compensation

Handbuch: Bietet Lösungen zur Entgeltgestaltung

2. Auflage 2019, 1.148 Seiten, Geb., € 219,-

ISBN: 978-3-8005-1691-9 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Die Erste Seite

Dipl.-Betriebsw. **Prof. Dr. jur. Hans Haarmeyer**

Die Praxis der Veröffentlichung von Vergütungsfestsetzungen – ein rechtsstaatliches Desaster

Impressum/Vorschau

VIII

DER BETRIEB

38

Seite 2081 – 2136
23. September 2019
72. Jahrgang

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-712

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser

Prof. Dr. Johanna Hey

Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinshoff

Friedrich Merz

Dr. Thomas Wachter

Betriebswirtschaft

Hendrik Sander

Bilanzierung von langjährigen Unterstützungszahlungen an
Tochtergesellschaften im HGB-Einzelabschluss

2081

Veröffentlichung von E-DRÄS 10 (C. Zwirner/J. Busch)

2085

Steuerrecht

Axel Nientimp/Michel Braun/Tereza Flanderová

Herausforderungen der transaktionsbezogenen Nettomargenmethode:
Implementierung bei einer Vertriebsfunktion

2087

Jürgen Plenker

Steuerfreiheit von Fahrtkostenzuschüssen des Arbeitgebers an Arbeitnehmer

2092

Geplante Verschärfung der Verpflichtung zum LSt-Einbehalt
wirtschaftlicher Arbeitgeber i.S.d. § 38 Abs. 1 Satz 2 EStG (C. Hick)

2100

BMF: Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen für Organe von
Körperschaften (S. Weber)

2101

Anforderungen an einen lohnsteuerpflichtigen Sachbezug in Form
eines Frühstücks (BFH)

2104

Wirtschaftsrecht

Norman Koschmieder

Datenschutzrechtliche Vorgaben für die Verarbeitung von Aktionärsdaten

2113

Zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach Umwandlung
einer AG in eine SE (BGH)

2120

Keine besonderen Wirksamkeitsanforderungen für
Teilgewinnabführungsverträge mit einer GmbH (BGH)

2123

Arbeitsrecht

Alexander Bissels/Kira Falter

Änderung der „Fachlichen Weisungen AÜG“

2128

Urlaubsanspruch bei unbezahltem Sonderurlaub („Sabbatical“) (S. Sura)

2135

Antrag nach § 101 BetrVG auch bei nachgeholter Anhörung des Betriebsrats
erfolgreich (F. Arnold)

2136

Magazin

Gastkommentar

Clemens Fuest

Die neue Grundsteuer – eine
verpasste Chance zur Steuer-
vereinfachung

Interview

John Büttner

Steuerfalle Mitarbeiter-
beteiligungen

Im Abonnement enthalten:

**DER LIVE
BETRIEB**
Ihre App – täglich aktuell

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

**Handelsblatt
FACHMEDIEN**

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar <i>Clemens Fuest</i>	M4
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Kurzbeiträge	M8
Meldungen	M14
Interview <i>John Büttner</i>	M18
Handelsblatt Gastkommentar	M20
Impressum	M22
Worte der Woche	M24

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Bilanzierung von langjährigen Unterstützungszahlungen an Tochtergesellschaften im HGB-Einzelabschluss

Dr. Hendrik Sander, Essen

DB1306846 (Kurzfassung vgl. S. M8)

S. 2081

KOMPAKT

Rechnungslegung

Veröffentlichung von E-DRÄS 10

WP/StB Prof. Dr. Christian Zwirner / WP/StB Dr. Julia Busch, beide München

DB1309423

S. 2085

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB1314691

S. 2086

STEUERRECHT

AUFSATZ

Internationales Steuerrecht

Herausforderungen der transaktionsbezogenen Nettomargenmethode: Implementierung bei einer Vertriebsfunktion

StB/FBStR Prof. Dr. Axel Nientimp / StB M.I.Tax Michel Braun / Tereza Flanderová, alle Düsseldorf

DB1309897 (Kurzfassung vgl. S. M9)

S. 2087

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Steuerfreiheit von Fahrtkostenzuschüssen des Arbeitgebers an Arbeitnehmer

Jürgen Plenker, Krefeld

DB1312436 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 2092

KOMPAKT

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Geplante Verschärfung der Verpflichtung zum LSt-Einbehalt wirtschaftlicher Arbeitgeber i.S.d. § 38 Abs. 1 Satz 2 EStG

StB Dipl.-Kfm. Dr. Christian Hick, Bonn

DB1315118

S. 2100

Lohnsteuer/Körperschaftsteuer

BMF: Anerkennung von Zeitwertkonten-Modellen für Organe von Körperschaften

StB Dipl.-Fw. (FH) Susanne Weber, München

DB1312540

S. 2101

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung

Ermittlung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns bei Entnahme aus einem Betriebsvermögen (§ 23 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 3 EStG)

BMF, Schreiben vom 03.09.2019

DB1315330

S. 2102

Einkommensteuer

Steuerermäßigung für die Inanspruchnahme von Handwerkerleistungen (§ 35a Abs. 3 EStG)

FinMin. Schleswig-Holstein, Erlass vom 18.06.2019

DB1307765

S. 2102

Abgabenordnung

Wahrung des Steuergeheimnisses – Aussagen von Bediensteten der Finanzverwaltung vor Gericht

Landesamt für Steuern Niedersachsen, Schreiben vom 29.07.2019

DB1311747

S. 2102

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Anforderungen an einen lohnsteuerpflichtigen Sachbezug in Form eines Frühstücks

BFH, Urteil vom 03.07.2019 – VI R 36/17

DB1315710

S. 2104

Kapitalertragsteuer

Besteuerung laufender Kapitalerträge aus Vollrisikopapieren nach dem 31.12.2008

BFH, Beschluss vom 28.05.2019 – VIII R 7/16

DB1311207

S. 2106

Umsatzsteuer

Steuerabzug von Drittlands-Unternehmern auch im allgemeinen Besteuerungsverfahren nur bei Gegenseitigkeit

BFH, Urteil vom 22.05.2019 – XI R 1/18

DB1314369

S. 2109

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Datenschutz/Aktienrecht

Datenschutzrechtliche Vorgaben für die Verarbeitung von Aktionärsdaten

RA Dr. Norman Koschmieder, Düsseldorf/Berlin

DB1314507 (Kurzfassung vgl. S. M11)

S. 2113

ENTSCHEIDUNGEN

Mitbestimmungsrecht

Zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach Umwandlung einer AG in eine SE

BGH, Beschluss vom 23.07.2019 – II ZB 20/18

DB1314395

S. 2120

GmbH-Recht

Keine besonderen Wirksamkeitsanforderungen für Teilgewinnabführungsverträge mit einer GmbH

BGH, Urteil vom 16.07.2019 – II ZR 175/18

DB1315272

S. 2123

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitnehmerüberlassung

Änderung der „Fachlichen Weisungen AÜG“

RA/FAArbR Dr. Alexander Bissels / RAin/FAinArbR Kira Falter, beide Köln

DB1312346 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 2128

KOMPAKT

Urlaubsrecht

Berechnung des Urlaubsanspruchs bei unbezahltem Sonderurlaub („Sabbatical“)

Stephan Sura, Köln

DB1313730

S. 2135

Betriebsverfassungsrecht

Antrag nach § 101 BetrVG auch bei nachgeholter Anhörung des Betriebsrats erfolgreich

RA Felix Arnold, LL.M., Berlin

DB1310755

S. 2136

CORPORATE FINANCE

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z15+Bel.

» Finanzierung • Kapitalmarkt • Bewertung • Mergers

Herausgeber: Prof. Dr. Christian Aders • Prof. Dr. Dirk Honold (Schriftleitung) • Norbert Hentsche
Dr. Jens Kengelbach • Dr. Hans-Dieter Klein • Prof. Dr. Jens Leker • Prof. Dr. Reinhard Meckl • Dr. Klaus-Michael Menz • Dr. Ingo Natusch •
Prof. Dr. Klaus Röder • Prof. Dr. Dirk Schiereck • Prof. Dr. Bernhard Schwetzler

FINANZIERUNG

- Philipp Sandner/Philipp Schulden*
CFO und Finanzabteilung: Ein perfekter Ausgangspunkt für die digitale Transformation
mittels der Blockchain-Technologie 249
- Stephan Schöning/Paul Dietz*
Strategien zur Minimierung des Zinsänderungsrisikos langfristiger Förderkredite bei Unternehmen 252
- Michael Brigl/Stefan Gross-Selbeck/Nico Dehnert/Steffen Simon/Florian Schmieg*
After the Honeymoon Ends: Wie Unternehmen und Start-ups auf Dauer erfolgreich zusammenarbeiten 259

KAPITALMARKT

- Lukas Brandt/Klaus Röder*
Die Kursreaktion von Anleihen der Automobilhersteller als Folge von Dieselgate 262
- Marc Berninger*
Zur Investorenakzeptanz der unterjährigen Berichterstattung durch Quartalsmitteilungen 270
- Rouven Möller/Roland Guy Hilton/Philipp Doering*
Preiseffizienz, Arbitrage und Anlegeraufmerksamkeit: Eine Analyse möglicher Einflussfaktoren
auf die Preiseffizienz europäischer ETFs 278
- Alexander Götz/Moritz Stahl*
Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2018 sowie Änderungen durch ARUG II und DCGK 286

BEWERTUNG

- Christian Haesner/Martin Jonas*
„Bewerten heißt vergleichen“ – vom theoretischen Grundsatz zur Prognose belastbarer Betafaktoren 292
- Benjamin Hammer/Bernhard Schwetzler/Alexander Lahmann*
Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen 299

MERGERS & ACQUISITIONS

- Stephan M. Ebner*
Haftung für Compliance-Verstöße bei Unternehmenstransaktionen mit Bezug
zu den USA und UK 304

Im Abonnement enthalten:

Owlit
Suchen. Finden. Wissen.

Handelsblatt
FACHMEDIEN

FINANZIERUNG

Standpunkt

CFO und Finanzabteilung: Ein perfekter Ausgangspunkt für die digitale Transformation mittels der Blockchain-Technologie

Prof. Dr. Philipp Sandner / Philipp Schulden, M.Sc., beide Frankfurt/M.

Die Blockchain-Technologie wird fast alles, was mit Finanzen zu tun hat, verändern. Die Finanzabteilung in klassischen Industrieunternehmen – und hier allen voran der CFO – haben eine einmalige Chance die digitale Transformation voranzutreiben.

CF1314726

S. 249

Mittelstandsfinanzierung

Strategien zur Minimierung des Zinsänderungsrisikos langfristiger Förderkredite bei Unternehmen

Prof. Dr. Stephan Schöning, Calw / Paul Dietz, Stuttgart

Im Beitrag werden die Notwendigkeit und die wesentlichen Bestandteile eines Managements des Zinsänderungsrisikos bei KfW-Förderkrediten betrachtet. Das Risiko lässt sich durch den Einsatz von verschiedenen Zinsderivaten reduzieren. Bei der Bestimmung der adäquaten Risikoabsicherung sind sowohl die Zinsprognose als auch die Risikobereitschaft sowie die Risikotragfähigkeit zu berücksichtigen.

CF1310560

S. 252

Unternehmenskooperation

After the Honeymoon Ends: Wie Unternehmen und Start-ups auf Dauer erfolgreich zusammenarbeiten

Michael Brigl, München / Stefan Gross-Selbeck, Berlin / Nico Dehnert / Steffen Simon / Florian Schmiegl, alle München

Im Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse der aktuellen BCG-Studie "After the Honeymoon Ends: Making Corporate-Startup Relationships Work" dargestellt.

CF1313226

S. 259

KAPITALMARKT

Kapitalmarktforschung

Die Kursreaktion von Anleihen der Automobilhersteller als Folge von Dieseldgate

Lukas Brandt, M.Sc. / Prof. Dr. Klaus Röder, beide Regensburg

Im Beitrag werden die Kursreaktion von Anleihen des VW-Konzerns nach dem Bekanntwerden der VW-Abgasmanipulationen im September 2015 untersucht. Mithilfe der Ereignisstudienmethodik werden die Kursreaktionen auf Signifikanz getestet. Anhand merkmalspezifischer Cluster können unterschiedliche Intensitäten der Kursveränderungen nachgewiesen und Erklärungsansätze hierfür geliefert werden. Darüber hinaus werden Ansteckungseffekte der Volkswagen-Manipulationen auf die Anleihewerte europäischer Automobilhersteller untersucht.

CF1309879

S. 262

Investor Relations

Zur Investorenakzeptanz der unterjährigen Berichterstattung durch Quartalsmitteilungen

Marc Berninger, M.Sc., Darmstadt

Trotz einzelner Vorbehalte aus der Praxis haben zahlreiche Emittenten eine regulative Vereinfachung der Berichtspflichten im Jahr 2015 genutzt, um auf „schlankere“ Quartalsmitteilungen umzustellen. Die investorenseitige Reaktion auf diese nun verminderte Informationsbereitstellung wird in diesem Beitrag empirisch untersucht.

CF1311901

S. 270

Exchange Traded Funds

Preiseffizienz, Arbitrage und Anlegeraufmerksamkeit: Eine Analyse möglicher Einflussfaktoren auf die Preiseffizienz europäischer ETFs

Roland Guy Hilton, M.Sc., Düsseldorf / Rouven Möller, M.Sc., Bochum / Dr. Philipp Doering, Frankfurt/M.

Der Beitrag untersucht die Preiseffizienz europäischer Aktien-ETFs. Es wird überprüft, ob die Entstehung und Persistenz von Fehlbewertungen auf dem europäischen ETF-Markt durch begrenzte Arbitragemöglichkeiten und eine begrenzte Anlegeraufmerksamkeit erklärt werden können.

CF1311900

S. 278

Corporate Governance

Vorstandsvergütung im DAX und MDAX 2018 sowie Änderungen durch ARUG II und DCGK

Prof. Dr. Alexander Götz, Villingen-Schwenningen / Moritz Stahl, B.A., Regensburg

Dieser Artikel führt die Untersuchung der Vorstandsvergütung im DAX und MDAX aus den Vorjahren fort. Neben der Darstellung der absoluten Höhe der einzelnen Vergütungsbestandteile im Zeitablauf erfolgt eine Untersuchung im Hinblick auf „pay for performance“, indem die Vorstandsvergütung mit dem EBIT verglichen wird. Daneben wird auf ARUG II und insbesondere den neuen Entwurf des Corporate Governance Kodex eingegangen.

CF1312992

S. 286

BEWERTUNG

Unternehmensbewertung

„Bewerten heißt vergleichen“ – vom theoretischen Grundsatz zur Prognose belastbarer Betafaktoren

Dr. Christian Haesner, Köln / Prof. Dr. Martin Jonas, Düsseldorf

Wird die Prognose des zukünftigen Betafaktors des Bewertungsobjekts auf Basis des eigenen historischen Betafaktors vorgenommen, dann hat die Auswahl des Wochentags als Basis des Renditeintervalls einen erheblichen Einfluss auf den Unternehmenswert. Diese Beliebigkeit ist für objektivierbare Bewertungen nicht zu rechtfertigen. Der Beitrag beleuchtet, wie derartige Verzerrungen vermieden werden können.

CF1312434

S. 292

Bewertungskennzahlen

Multiples und Beta-Faktoren für deutsche Branchen

Dr. Benjamin Hammer / Prof. Dr. Bernhard Schwetzler / Jun.-Prof. Dr. Alexander Lahmann, alle Leipzig

In dieser Ausgabe finden Sie die Multiplikatoren, Beta-Faktoren und Eigenkapitalkosten für den deutschen Kapitalmarkt zum Stichtag 15.07.2019.

CF1315018

S. 299

MERGERS & ACQUISITIONS

Unternehmenskauf/Compliance

Haftung für Compliance-Verstöße bei Unternehmenstransaktionen mit Bezug zu den USA und UK

Dr. Stephan M. Ebner, München

Transaktionen unter besonderer Berührung der USA und UK sind nach wie vor hochinteressant. Allerdings ist auch das mit solchen Transaktionen einhergehende Risiko gestiegen. Der Beitrag beleuchtet die Haftungsgefahren solcher Deals aufgrund von Compliance-Verstößen.

CF1312433

S. 304

BEWERTUNGS PRAKTIKER

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-L15
/Beit.

» Fachinformationen zu Bewertungsfrage

Stefan Dierkes/Johannes Sümpelmann

Unternehmensbewertung mit einer Nachsteuerrechnung unter Berücksichtigung einer Kursgewinnsteuer 66

Bei der Bewertung von Unternehmen mit einer Nachsteuerrechnung ist zu beachten, dass die persönlichen Steuern sowohl im Zahlungsstrom als auch bei der Bestimmung der Eigenkapitalkostensätze zu berücksichtigen sind. In diesem Beitrag wird gezeigt, wie die persönlichen Steuern unter Berücksichtigung des kursgewinnsteuerbedingten Zirkularitätsproblems bei einer Bewertung mit dem Flow to Equity-Verfahren in konsistenter Weise einzubeziehen sind. Darüber hinaus wird dargestellt, wie die Anpassung von Betafaktoren und die Bestimmung der Eigenkapitalkostensätze bei wertabhängiger Finanzierung unter Berücksichtigung der persönlichen Steuern zu erfolgen hat.

Jochen Beumer/Klaus Jürgens

Implizite Marktrisikoprämien und Markttrenditen von 2008 bis 2018 71

Implizite Marktrisikoprämien, die auf Basis von Börsenwerten und Ergebnisschätzungen für den Gesamtmarkt ermittelt werden, gewinnen gegenüber in der Vergangenheit erzielten Renditedifferenzen an Bedeutung. In aktuellen Diskussionen wird auch die These vertreten, dass nicht die Marktrisikoprämie als stabile Größe anzusehen sei, sondern die vom Kapitalmarkt geforderte Rendite. Rückgänge des Basiszinssatzes würden demnach durch eine Erhöhung der Marktrisikoprämie kompensiert. In der empirischen Studie für den Zeitraum 2008 bis 2018 werden daher nicht nur implizite Marktrisikoprämien, sondern auch erwartete implizite Markttrenditen abgeleitet. Die Studie zeigt eine hohe Korrelation von impliziten Markttrenditen und Basiszinssatz, so dass eher auf eine stabile Marktrisikoprämie als auf eine stabile Markttrendite geschlossen werden kann. Aufgezeigt wird auch der Zusammenhang zwischen der angenommenen nachhaltigen Wachstumsrate und der Höhe der impliziten Marktrisikoprämie.

Andreas Emmert

Suchen und Ersetzen in Kommentarfeldern mittels VBA 81

Suchen und Ersetzen von Textbausteinen stellt im Microsoft Office Paket eine häufig genutzte Funktionalität dar. In Microsoft Excel scheint diese Funktionalität allerdings weiterhin nur unvollständig umgesetzt zu sein. In dem Beitrag wird eine Möglichkeit aufgezeigt, dies in Microsoft Excel mit einer komfortablen und VBA gestützten Variante umzusetzen.

RECHTSPRECHUNG: Net Asset Value bei vermögensverwaltenden und Immobiliengesellschaften 84
BETA-FAKTOREN UND BÖRSENMULTIPLES 86 • TRANSAKTIONSMULTIPLIKATOREN 89
AUS DER EACVA 92 • PERSÖNLICH 96

Kooperationspartner

**CORPORATE
FINANCE**



Hauptsponsor

KPMG

AUFsätze

RECHNUNGSLEGUNG/CORPORATE GOVERNANCE

Rechnungslegung

Fehlerfeststellung im Enforcement-Verfahren**Prof. Dr. Hans-Joachim Böcking / Prof. Dr. Marius Gros / Willy Wirth, M.Sc., alle Frankfurt/M.**

Die Autoren diskutieren den Beschluss des OLG Frankfurt/M. vom 04.02.2019 zu Fehlerfeststellungen im Enforcement-Verfahren. Die erstmalige Klarstellung, dass im Enforcement-Verfahren für bilanzielle Rechtsfragen ein objektiver Fehlerbegriff anzuwenden ist und der BaFin bei ihrer Normeninterpretation faktische Rechtssetzungskompetenz zukommt, markiert einen Wendepunkt der Bilanzrechtsprechung in Deutschland. Der Beschluss ist dazu geeignet, vielfältige Auswirkungen auf Ersteller, Enforcement, IFRS-Rechnungslegung, Abschlussprüfer, Gutachter, Aufsichtsräte und schließlich die Bedeutung der normativen Rechnungslegungsforschung zu entfalten.

DK1311836

S. 341

STEUERRECHT

Körperschaftsteuer

Körperschaftsteuerliche Organschaft und atypisch stille Gesellschaft: Kommentar zu FG Mecklenburg-Vorpommern vom 05.09.2018 – 1 K 396/14**StB Dipl.-Fw. Markus Suchanek, Düsseldorf**

Der Diskurs über die Organgesellschaftsfähigkeit einer KapGes., an der ein atypisch stilles Beteiligungsverhältnis besteht, beschäftigt die steuerliche Fachliteratur bereits seit geraumer Zeit. Der Beitrag setzt sich kritisch mit dem Urteil des FG Mecklenburg-Vorpommern vom 05.09.2018 (1 K 396/14) auseinander, welches die Organgesellschaftsfähigkeit einer GmbH, an der ein atypisch stilles Beteiligungsverhältnis besteht, verneint hat.

DK1312350

S. 356

AUS DEM HANDELSBLATT-BLOG

STEUERRECHT

Einkommensteuer

JStG 2019: Zur geplanten Anpassung der Abziehbarkeit von Aufwendungen bei §§ 17 und 20 EStG**RA Felix Mocker, Frankfurt/M.**

S. 358

Einkommensteuer/Gewerbsteuer

Neues von der sog. „gewerblichen Aufwärtsinfektion“**RA/StB Dr. Maximilian Haag, LL.M., München**

S. 359

ENTSCHEIDUNGEN

KONZERNRECHT

Aktienrecht

Unterlassungsklage eines Aktionärs ohne unangemessene Verzögerung gegen Eingriff in Mitgliedschaftsrechte durch pflichtwidriges Organhandeln**BGH, Urteil vom 07.05.2019 – II ZR 278/16**

DK1312527

S. 361

Personengesellschaftsrecht

Verstoß gegen gesellschaftsrechtliche Treuepflicht durch rechtsmissbräuchlich actio pro socio**BGH, Versäumnisurteil vom 22.01.2019 – II ZR 143/17**

DK1312517

S. 363

Rechnungslegung/Corporate Governance

Zu den Voraussetzungen einer Fehlerfeststellung im Enforcement-Verfahren**OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 04.02.2019 –****WpÜG 3/16, WpÜG 4/16**

DK1308927

S. 365

STEUERRECHT

Körperschaftsteuer

Niederlassungsfreiheit – Abzug von Verlusten gebietsfremder Tochtergesellschaften – Begriff „endgültige Verluste“ – Aufgehen der Tochtergesellschaft in der Muttergesellschaft infolge Fusion – Rechtsvorschriften des Sitzstaats der Tochtergesellschaft, die den Verlustabzug im Rahmen einer Fusion nur bei der Gesellschaft vorsehen, bei der die Verluste entstanden sind**EuGH, Urteil vom 19.06.2019 – Rs. C-607/17**

DK1308954

S. 366

Bilanzsteuerrecht

Beteiligung an einer KapGes. als notwendiges Betriebsvermögen eines Einzelgewerbetreibenden**BFH, Urteil vom 12.06.2019 – X R 38/17**

DK1312595

S. 368

Bilanzsteuerrecht

Verpächterwahlrecht bei Beendigung unechter Betriebsaufspaltung – Bedeutung des Sonderbetriebsvermögens bei Einbringung eines Mitunternehmeranteils in PersGes.**BFH, Urteil vom 17.04.2019 – IV R 12/16**

DK1312581

S. 372

Körperschaftsteuer

Gewinnfeststellung bei atypisch stiller Beteiligung einer AG am Gewerbe einer GmbH – Abführung des „ganzen Gewinns“ i.S.v. § 14 Abs. 1 KStG**FG Mecklenburg-Vorpommern, Urteil vom 05.09.2018 – 1 K 396/14**

DK1311399

S. 375